

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 1600.— Mk., wöchentlich 400.— Mk. In Pommerellen: monatlich 2000.— Mk. in polnischer Währung.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelappte Zeile 160.— Mk., von auswärts 200.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gelappte Reklamzeile 600.— Mk., von auswärts 800.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 38

Mittwoch, den 14. Februar 1923

14. Jahrgang

Die Ruhrfrage im englischen Parlament.

Die Augen der politischen Welt Europas sind auf England gerichtet. Alle Politiker, die einen baldigen wirklichen Frieden in Europa erstreben, hoffen, daß England seine große Macht auch im Ruhrkonflikt zur Anwendung bringen werde, um dem französischen Militarismus Einhalt zu gebieten. Die englische Arbeiterpartei und auch die Liberalen hatten nicht nur entschieden das gewalttätige Vorgehen Frankreichs verurteilt, sondern forderten auch ein aktives Vorgehen Englands gegen Frankreichs Streben nach der Vorherrschaft auf dem Kontinent. Die konservative Regierung Bonar Law hatte sich bisher in dieser Frage um eine klare Stellungnahme gedrückt. Sie machte Frankreichs Einmarsch nicht mit, suchte ihn aber auch nicht zu verhindern.

Gestern fand nun die Eröffnung des englischen Parlaments statt, wobei der König in seiner Thronrede auf den Ruhrkonflikt zu sprechen kam und dabei ausführte: „Die Konferenz, die Anfang Dezember in London abgehalten wurde mit Bezug auf die von Deutschland fälligen Reparationszahlungen ist im Januar in Paris fortgesetzt worden. Meine Regierung, in dem Wunsche, die völlige Regelung der Reparationsfrage zu beschleunigen, hat den alliierten Regierungen weitgehende Zugeständnisse bezüglich der Schulden der Alliierten an Großbritannien an. Ich bedaure lebhaft, daß es sich als unmöglich erwies, eine allgemeine Einigung zu erreichen. Die französische und belgische Regierung haben daher begonnen, einen Plan zur Ausführung zu bringen, den sie für richtig halten, und die italienische Regierung hat diese Aktion gebilligt. Meine Regierung, die nicht in der Lage ist, diese Operationen zu unterstützen, handelt derart, daß sie nicht die Schwierigkeiten unter den Alliierten vermehrt.“

In der Aussprache über die Thronrede nahm auch der Premierminister Bonar Law das Wort. Die Stellungnahme seiner Regierung zum Ruhrkonflikt präziserte er wie folgt: Er sei überzeugt gewesen, daß Frankreich mit diesem Schritt etwas tue, was unheilvoll nicht nur für Deutschland, sondern für Frankreich selbst sein würde. Er sehe keine Lichtstelle in der Zukunft. Die französische Regierung habe sich auf ihren Plan verpflichtet und sei gebunden, ihn durchzuführen. England habe noch immer seine Truppen in Köln, aber er, Bonar Law, wisse nicht, ob es möglich sein werde, sie dort noch lange zu belassen. Die Frage sei noch nicht akut, aber sie werde vielleicht akut werden. Die französische oder die deutsche Regierung würden es vielleicht den englischen Truppen unmöglich machen, in Köln zu bleiben. Das würde ein großes Unglück sein. England habe sich nicht dagegen gewendet, daß ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden solle, sondern nur dagegen, unerfüllbare Bedingungen zu stellen. Die Franzosen wollten Reparationen erhalten, aber sie wollten nicht, daß Deutschland hart genug sei, um Reparationen zu zahlen. Das französische Volk wollte sich mit der Lage nicht abfinden, bevor ein Versuch mit der Besetzung des Ruhrgebietes gemacht wurde. Jetzt haben wir versucht, ich hatte gehofft, wir würden in die Lage kommen, den Wiederaufbau Europas Seite an Seite mit Frankreich fortzuführen. Wir waren der Ansicht, daß der französische Schritt verhängnisvoll für das Wirtschaftsleben Europas sein werde. Die Ereignisse haben das bestätigt. Was ich befürchten mußte, ist eingetroffen und es ist noch kein Ende absehbar. Die Ruhr ist die Hauptlagader des europäischen industriellen Lebens. Frankreich hat sich selbst größeren Schaden zugefügt, als andern. Zum Schluß fügte Bonar Law hinzu, daß er noch immer hoffe, daß irgend etwas geschehen wird, was England erspähen werde, mit Aussicht auf Erfolg zu intervenieren.

Der Redner der Arbeiterpartei Gen. Ramsay MacDonald erklärte in seiner Rede, nicht nur die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern die gesamte Idee, die die Sieger bei der Demobilisierung ihrer Politik befehle, habe den Zustand des Chaos in Europa zustande gebracht. Es seien unmögliche Reparationen gefordert worden, sodann unmögliche Sanktionen. Schließlich sei man aus der Politik der Demobilisierung in eine Politik des Imperialismus und der Annexion übergegangen worden. Ramsay MacDonald fragte, ob Frankreich seine Operationen auf den Empfang von Reparationen beschränke, oder, ob die Besetzung des Ruhrgebietes als ein erster Schritt für die Proklamierung eines unabhängigen Rheinpolitis anzusehen sei. Hierauf ergriff A. Smith das Wort, er sagte, er wolle sich nicht nur auf die Ruhrfrage beschränken. Er sei nicht erstarrt darüber, daß Frankreich um seine Sicherheit in der Zukunft besorgt sei, aber es gebe keinen schlechteren Weg, Sicherheit zu erhalten, als das Vorgehen Frankreichs an seiner Diktatur, wo es möglicherweise für eine Reihe von Jahren ein zweites Versailles-Vorhaben in Besitz nehme. Am Schluß sagte er, wenn die britische Regierung der französischen

und der deutschen Regierung den Vorschlag machte, daß das Problem vom Völkerbund verhandelt werde.

Die Angst vor der Rebellion.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat am 2. Februar zwei Schreiben vom 30. und 31. Januar zurückgeschickt, worin der Reichskommissar für die besetzten Gebiete ihr drei Protestkundgebungen dreier rheinischer Verbände übermittelt hatte und dazu bemerkt, der Reichskommissar habe die Aufgabe, ihre Beziehungen zu den deutschen Behörden zu erleichtern und nicht Protestkundgebungen zu provozieren und ihr zu übermitteln, welche eine „Rebellion“ gegen das Ansehen der Rheinlandkommission darstellten. Darauf erklärte der Reichskommissar in einer der Rheinlandkommission gestern übergebenen Note, daß die drei genannten Eingaben allerdings deutlich auf die dem rheinischen Wirtschaftsleben durch die neuesten Maßnahmen zugefügten Schäden hinwiesen, keineswegs aber eine Rebellion darstellten und auch nicht von ihm provoziert seien, sondern durchaus aus eigenem Antriebe gekommen wären. Wenn er die Kommission über die Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung unterrichte, so komme er damit sogar dem Wunsche, den die Kommission selbst am 8. Dezember ausgesprochen habe, nach. Wenn die Kommission jetzt die Beschwerden der Bevölkerung nicht mehr übermitteln wolle, so könne er doch nicht darauf verzichten, Eingaben der Bevölkerung an die Kommission weiter zu leiten, die dann damit verfahren könne, wie sie es für gut befände.

Neue polnische Kabinettskrise?

Polen steht wieder einmal vor einer Kabinettskrise. Diese Stellung findet zunächst ihren Ausdruck darin, daß die Finanzkommission des Senats das Regierungsprojekt des Budgets mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt hat. Es war der Linken nicht gelungen, die Juden für das Budget zu gewinnen, so daß die Rechte und die Juden die Mehrheit erhielten. Finanzminister Grabski war bei der Sitzung nicht anwesend, so daß die Regierung nicht zu Worte kam. Man macht jetzt noch Anstrengungen, dieses Ergebnis durch eine neue Mehrheitskonstellation mit Hilfe der nationalen Minderheiten zunichte zu machen, doch läßt sich eine akute Kabinettskrise nicht wegleugnen.

Mit dazu beigetragen hat unbedingt der Sturz der polnischen Mark. Die Presse der Rechten, besonders „Gazeta Warszawska“, gibt die Schuld daran dem Kabinetts Sikorski, daß im Anfang, um sich stützen zu können, einen großen Vorrat fremder Valuten auf den Markt geworfen hätte. Ebenso gäbe das Projekt der Einführung einer Goldwährung ohne bestimmte Deckung und ohne die Unterstützung des größten Teils der Gesellschaft eine Unsicherheit im Lande und könne auch im Ausland kein Vertrauen erwecken. Die Presse der Rechten verlangt, daß Sikorski die nötigen Konsequenzen zieht und geht.

Die Lage im Memelgebiet.

Aus Memel wird gemeldet: Die Nachricht von dem Rücktritt der Regierung Simonaitis entspricht nicht den Tatsachen. Die Verhandlungen waren zwar so weit gediehen, daß Simonaitis zum Rücktritt bereit war, doch erhob er dann erneut die Forderung auf den Abzug der französischen Truppen. Dadurch sind die Verhandlungen zunächst auf den toten Punkt angelangt. Die Sonderkommission der Völkervereinigung weilt nach wie vor in Memel. Es sind Vorbereitungen für die Landung von Entente-Truppen getroffen, doch bezweifelt man, ob es zu diesem Schritt kommen wird.

Eine neue Dolchstoß-Lüge.

Nationalistische Verleumdungen gegen Gen. Breitscheid.

Die Sozialdemokratie steht in dem Abwehrkampf gegen den Einbruch des französischen Militarismus an erster Stelle. Ihre Anhänger, die sich aus Arbeitnehmern aller Kreise zusammenschließen, tragen die schwersten Opfer. Die Patenpatrioten der Rechtsparteien größten zwar nach in den Fällen nationalistic Nieder oder Schlagen in den Hotels, wo sie Ententeoffiziere vermuten, die Fenster scheiben ein, machen aber sonst durch den Einbruch der Franzosen die glänzenden Geschäfte. So nutzen die deutschnationalistischen Agrarier die Not im Ruhrgebiet aus, indem sie die

Biehmarker des Ruhrgebietes unmittelbar nach der Besetzung besonders reichlich beschickten, um die dort hochgetriebenen Preise in die unergründlich tiefen Taschen stecken zu können. Und die deutschen Großindustriellen der badischen Anilinwerke scheuten sich nicht, wichtige deutsche Patente für schönes Geld an Frankreich zu verkaufen.

Dafür ergeht sich jetzt die nationalistic Presse in den gemeinsten Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie. Planmäßig sucht sie nach einer neuen Dolchstoß-Lüge, und sie glaubt diese jetzt in den Äußerungen des Genossen Breitscheid gegenüber dem diplomatischen Vertreter der „Daily News“ in London gefunden zu haben. Breitscheid hat in dem Interview in knappen Worten die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Ruhraktion gekennzeichnet und keinen Zweifel darüber gelassen, daß jede Verhandlungsmöglichkeit ausgenutzt werden muß. Er betonte ferner, daß die Sozialdemokratie die Regierung zum Abwehrkampf unterstütze, daß sie aber die „Einheitsfront“ mit den deutschen Nationalisten ablehne.

Ueber diese Äußerungen des Gen. Breitscheid warf sich nun das Geschwätz der nationalistic Presse, um daraus die neue Dolchstoßlegende zu konstruieren. So schrieb die agrarische „Deutsche Tageszeitung“: „Breitscheid schleift den Dolch. Es dürfte für die Sozialdemokratie ihrer Anhängerschaft gegenüber jetzt und später nicht leicht zu tragen sein, daß einer ihrer parlamentarischen Führer so offen den Dolch gegen die deutsche Sache zückt.“ Auch die feudale „Kreuzzeitung“ sprach vom „Dolchstoß des Abg. Breitscheid“. Es wäre wirklich an der Zeit, solchen politischen Schädlingen wie Breitscheid und Hilferding die Ausreise ins Ausland zu verweigern.“ Selbstverständlich wollte auch das tiefste deutschnationalistische Geschloß, die „Danziger Neueste Nachrichten“, in solchem neuen Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie nicht zurückstehen und gab der unvollkommenen WZM-Meldung über die Äußerungen des Gen. Breitscheid folgenden Kommentar:

„Wenn man auch zugunsten Breitscheids annehmen mag, daß er vielleicht nicht alles in dem Sinne gemeint haben wird, wie der englische Berichterstatter es dargestellt hat, so bleibt doch ein gerüttelt volles Maß so bodenlosen politischen Unverstandes übrig, daß es wirklich schwer fällt, anzunehmen, Fr. Breitscheid habe nicht mit voller Absicht dem um seine Existenz ringenden deutschen Volke in den Rücken fallen wollen.“

So wird ein führender Vertreter der Sozialdemokratie beschimpft, derjenigen Partei, die den Abwehrkampf in vorderster Linie führt und ohne die Vorkämpfer längst seinen Willen durchgesetzt hätte. Und mit solchen Fäulnisprodukten eine „nationale Einheitsfront“? Wir danken.

Eine Erklärung Breitscheids.

„Daily News“ veröffentlichten eine Erklärung Breitscheids, in der es heißt: Die kurze Wiederbegegnung der Unterredung, die er mit dem Berichterstatter der „Daily News“ gehabt habe, habe zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Es liege ihm daher daran, eine Reihe von Punkten, die er in der erwähnten Unterredung ebenfalls angeführt habe, noch einmal ausdrücklich festzulegen:

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien einig in dem Grundsatze der Abwehr des französischen und belgischen Einbruchs durch passiven Widerstand. Sie wendet sich gegen jeden Versuch, nationalistic Gewaltmethoden anzuwenden und hofft, daß die Politik der Gewaltlosigkeit das französische und das belgische Volk von der Undurchführbarkeit ihres Vorhabens überzeugen werde.

2. Sie fordert von der Regierung, daß sie jede tatsächliche Möglichkeit zu Verhandlungen ergreift, da sie der Überzeugung ist, daß eine lange Dauer des gegenwärtigen Kampfes nicht nur Deutschland und Frankreich aufs schwerste schädigen, sondern auch ganz Europa dem Ruin näher bringen würde.

3. Nach ihrer und meiner Meinung hätte England sowohl mit Rücksicht auf die Zukunft Europas, wie mit Rücksicht auf seine durch die französischen Pläne bedrohten wirtschaftlichen Interessen Anlaß, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen.

Ich habe, so bemerkt Breitscheid, erklärt: Die Sozialdemokratische Partei ist für die sogenannte Erfüllungspolitik im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit eingetreten. Ich habe hinzugefügt, daß sie der Meinung sei, Deutschland müsse auch in Zukunft an Reparationen leisten, was es leisten könne, und zu diesem Zwecke seien Großindustrie und Landwirtschaft vom Staat stärker herauszugiehen als bisher.

Aus diesen letzten Ausführungen erklärt sich der Haß der kapitalistischen Pressekreise gegen den Gen. Breitscheid.

Ein sauberer Plan.

Auch etwas für die „Einheitsfront“.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes überliefert uns folgendes vertrauliche Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberverbandes für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr:

Vertraulich! Berlin, den 21. Januar 1926.
An die Herren Geschäftsführer der örtlichen
Arbeitgeberverbände Schickend.

Der Reichsmittelstand hat beschlossen die Überweisung des Arbeitskräftefonds an den Zentralistischen Ausschuss, damit dort eine Einigung erzielt wird. Die Vertreter christlicher Gewerkschaften Reichsmittelstandsmittelglieder sind, sind diese Christenkreise noch den von uns angegebenen Mitteln zu beeinflussen, damit diese nicht mit den freien Gewerkschaften konform gehen.

Das von uns Ihnen zugeordnete Material contra Nicht-
Rückzahlung auch möglichst mit nächster Post und zugeordnet
werden.

Die von uns Ihnen im Rundschreiben Nr. 16 28 ange-
gebenen Maßnahmen gegen die freien Gewerkschaften wer-
den immer nicht genügend beachtet. Aus alle Fälle müssen
die Beziehungen zwischen Gelehrten und Ungelernten durch
die Volksschule, die auch vor den Schlichtungsämtern
mit Rath und Beistand zu vertreten ist, gesichert werden. Wir
weisen nochmals darauf hin, daß Lehrstufen (z. B. Zertifi-
katsstufe) aus den Reihen unerschulter Arbeiter und
Angelernten, die uns am schärfsten, ergötzt werden
müssen. Durch Geldstrafe und Nebenstrafmaßnahmen wer-
den sie unermüdlich deprimiert und die uns ansehnliche Auf-
kündigung bei den Polizeibehörden ist. Nach den bei und
eingetretenen Verhältnissen können durch Prozesse und gegen
Nachbarn an jeder Stelle der den freien Gewerkschaften
die besten Erfolge erzielt werden. Zur Zeit sind die freien
Verhältnisse noch im Anfang nicht unbedeutender Sammel-
arbeiten. Ihre Schichten, welche die Längere Zeit durch-
führen. Eine Schenkung der gewerkschaftlichen Finanzen
könnte und nur die Möglichkeit geben, die Arbeiter-
nach der früheren Zeit zu entlassen. Wo die Konkurrenz
nicht besonders groß ist und (unvollständige) Verträge durch
Schwierigkeiten gebildet werden, müssen Streiks aufbehalten
werden, was die Kosten der Gewerkschaften bedeutend
steigern würde, was gleichbedeutend mit einer Ver-
mehrung der anzuwendenden Verbotsmaßnahmen zu betrachten
ist. Denn nur hart inaktive von Verträgen können und
günstig werden.

Troßbild mit verurteilt worden, die in verurteilt und
den Mitgliedern durch Delatoren (in Deutschland) und
Verurteilung von jeder erhöhten Aktivität abzu-
tellen.

Wie mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind, müssen die finanziell am stärksten bedingt werden, denn diejenigen, die nur geringe Beiträge leisten können und nie ausbezahlt werden, und sollen auch diese der Arbeiterkraft durch dritte Personen emporgehoben werden.

Da wegen dem Kitzingerber Einfluß ausgeschloffen werden kann, mußten sich die Parteiführer auf den zweiten einflussreichsten und durch Forderungen Konzeptionen zurückziehen. Durch solche Operation lassen sich aber auch die Herkonnominatoren der freien Gewerkschaften beeinflussen, so daß diese selbst einen erheblichen Teil der Leistung haben. Doch kommt es einzelnen Seiten vorzüglich ohne daß sich die Mehrheit der Arbeiter deren Reigen bemerkt.

Wird es ein laubbarer Plan, sehr richtig bel-
kend in diese Zeit, da man die Arbeiter mit dem
„Ausprobieren“ einlangen wird, um die Hintergründe
mit recht kapitalistischer Unternehmungsmacht zu erdol-
chen? Wird auch ganz der Unternehmer-Moral die
Schuld gegeben, daß der schließlichen Mittel zu be-
kommen, um die Arbeiterorganisationen zu
vernichten oder fast zur Schmach zu schänden
über auf die Höhe der Lohns für die Organisa-
tionen zu steigen, dort ausgedrückt wird, daß sie die
eigene Verantwortung der Arbeiter in ihrem inter-
nationalen und sozialen Kampf gegen Realitätsmus
und Unternehmervernunft stellen. Aber auch die Ver-
pflichtung der Arbeiter, die im ersten Durchbruch ausbricht,
mit der die Unternehmervernunft der Vernichtung der
Kunst und des Geistes. Dabei die Arbeiter zu den
eigentlichen „Steigern“ durch „Toleranz“ zu
man die Arbeiter durch bringen, und in ihnen
sicheren lassen, daß nur „erzählende“ län-

liche Subjektivität! Die Arbeiter werden deshalb ein wachsameres Auge haben und sich mißtrauisch gegen jeden ansetzen müssen, der in der Arbeitsstelle oder in den Versammlungen und Sitzungen etwas auskundschaften will oder Querstreibererei übt. Ganz besonders mißtrauisch wird man gegen die radikalen Streiker sein müssen, denn das sind die gefährlichsten und verächtlichsten, von denen man nie weiß, ob sie nicht Unternehmer-Spitzel und Agenten sind. Sich durch überaus billiges Maulwerk hervorzuheben, war ja immer die Methode der Spitzel. Sehr charakteristisch und wenig schmeichelhaft und ehrenvoll ist die Rolle, die in dem Mundschreiben den christlichen und kirchlich-sonderlichen Organisationen zugebach ist. Wir wollen abwarten, ob sie sich gegen die Zerstörung, dem Unternehmertum in der Vernichtung der freien Gewerkschaften und damit in der Schwächung der Arbeiter verlässliche Helferdienste zu leisten, wehren werden. Für die freien Gewerkschaften ist das Mundschreiben eine Genugtuung, weil ein Zeugnis ihres Wertes. An ihrer Einheit und Geschlossenheit, die deshalb auch gegen die kommunistischen Zersplitterer gesichert werden müssen, von denen man nie weiß, ob nicht auch oder nicht gerade sie im Unternehmertum so zu sehen, wird jede Unternehmerrunde scheitern, mag sie auch mit noch so schönen und feigen Mitteln wählen.

Der Wirrwarr im Ruhrgebiet.

Der Berliner Fernsprechverkehr mit Duisburg, Grefeld, Offenburg und Rosenweiler ist unterbrochen. Das Telegraphenamt in Wiesbaden hat infolge Verlegung durch die Franzosen den Betrieb eingestellt. Beim Postamt in Mainz haben die Franzosen wieder eine Postkontrolle eingerichtet. In Offen ist der Bahnhof gestern mittag von Deutschen und Arbeitern stillgelegt worden, weil die Franzosen auf der Verlegung eines Bahnstranges bestanden, der die Verbindung nach den südlichen militärisierten Zonen herstellt. In Weesdort, Bezirk Frankfurt a. M., untersuchten die Franzosen gestern Nachwagen und Postwagen eines Personenzuges und nahmen künstliche Naseen weg. Im Bezirk Ludwigshafen ist seit gestern nachmittag jeder Güterverkehr auf den Bahnen und Straken nach dem unbesetzten Gebiet geiverrt. In Hornel bei Troisdorf beschlagnahmten die Franzosen 20 Wagen mit Holzheu und untersuchten Waggonn mit Strohgut. Der Personenverkehr wird durch die Kontrolle außerordentlich behindert. In Blankenheim wurde Hausbrandholz, die den Deutschen vertragsmäßig von den Engländern zuzuführen beschlagnahmt.

Western früh legten die Besatzer über den Rhein und besetzten das Hauptbollwerk Bosenfort und das Bollwerk Immer. Die Hauptstrahlen am Rhein wurden mit Wachbataillonen besetzt. Ebenso wurde gestern das Bollwerk in Biel von den Belgiern besetzt. Bollwerk Puffe und Ederollungsfestung Wobbe wurden interniert. Das Marhaus und der Mahnhof wurden ebenfalls besetzt. Die Stärke der Besatzung beträgt anderthalb bis zwei Kompanien.

„Sühne“ für den Zivilenstich in Gelsenkirchen.
Die Zeitung der Stadt verhaftet — 100 Millionen
Mark Geldstrafe.

In Gellenskirchen wurden der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, ein Polizeimeier und der Reichsbankkassierer gestern unter großem Aufseher von Truppen und Tanks verhaftet. Die Truppen besetzten das Rathaus und die Post. Am Nachmittag rückten die gesamten französischen Truppen wieder ab. Die besetzten Gebäude wurden gesäubert, es verblieb nur die frühere Gefangung. Ueber das Schicksal der Verhafteten und Abgeführten ist bisher noch nichts bekannt.

Die am 1. d. M. erlassene Stabsverordnungsung lautet: Der Preussische Stabsverordnungsung mit, das der 1. d. M. d. J. von der Stadt die Zahlung von 100 Mark an den Staat bis zum 1. d. M. d. J. nachmittags

forderte, als Sühne für den Zwischenfall der Schütze mit den beiden Gendarmerieoffizieren. Dieses wurde von der Stadt abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß eine Abordnung zu General Degoutte nach Düsseldorf zu entsenden und wegen der Freilassung der Verhafteten zu verhandeln.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Die Lebenshaltungskosten und Preise in verschiedenen Ländern. Die neuesten Statistiken der Kosten der Lebenshaltung und der Kleinhandelspreise der Nahrungsmittel zeigen die bemerkenswerte Tatsache, daß in den meisten Ländern eine Neigung zur Stabilisierung besteht. Auch die Großhandelspreise haben dieselbe Tendenz. Zu den Ausnahmen von dieser Regel gehört Oesterreich, wo sich im Oktober 1932 zum erstenmal seit dem Kriege eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung ergab, die gegenüber dem Vormonat 8 Prozent ausmachte. In der Tschechoslowakei hat sich ein weiterer Rückgang der Preise um 6 Prozent ergeben. In Deutschland dagegen hält die Teuerung noch an. Die Kosten der Lebenshaltung liegen hier im Oktober um 65,5 Prozent. In Polen machte die Steigerung 20 Prozent aus. Die Großhandelspreise sind in England, Schweden, Norwegen und den Niederlanden außerordentlich und in den übrigen europäischen Ländern, von denen Angaben vorliegen, sind sie gesunken. In Frankreich dauert die Erhöhung der Großhandelspreise bereits seit Februar und in Italien seit Mai 1932. In der Schweiz ist nach einer Preislenkung während der Sommermonate eine neuerliche Steigerung im Oktober eingetreten.

Deutschlands positive Handelsbilanz. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug der Wert der gesamten deutschen Wareneinfuhr im December 580,8 Millionen Goldmark gegen 590,2 Millionen Mark im November. Die Zunahme der Einfuhr erklart sich daraus, das eine Reihe hochmerilliger Rohstoffe, vor allem Baumwolle, Flach, Hanf, Jute, Hele und Haute, Obstfruchte und Eisenwaren usw. in grorerer Menge eingefahrt wurden als im November. Der Wert der Ausfuhr, umgerechnet in den Dollarchurs des December, betrug 423,0 (im Vormonat 425,2) Mill. Goldmark. Die Zunahme des Ausfuhrwertes — auch die Ausfuhrmenge liegt nicht unerheblich — erklart sich zum grosten Teil aus der Aufarbeitung einzelner Rohstoffe, die vor allem bei Stab- und Formeisen, Blech und Draht, Maschinen usw. einaetreten waren. FUr das Gesamtjahr 1922 kann man mit den folgenden Annaherungswerten rechnen: Einfuhr 6,2 Milliarden Goldmark, Ausfuhr: 4 Milliarden Goldmark. Daraus ergibt sich die Handelsbilanz des Jahres 1922 eine Passivitat von fiber 2 Milliarden Goldmark auf

Deutsch-Oberschlesiens Steinkohlenförderung, auf die Deutschland nach der Ruhrkohlenperre in erhöhtem Maße angewiesen ist, zeigte im Januar gegen Dezember eine erfreuliche Steigerung von rund 22 000 auf 25 000 Tonnen täglich. Die Gesamtförderung erhöhte sich von 733 600 auf 786 994 Tonnen, wovon 405 408 Tonnen, 30 328 Tonnen mehr als im Dezember, nach dem westlichen Deutschland verfrachtet wurden.

Der Verkehr des Ruhrgebietes. Das Ruhrgebiet ist als das wichtigste Industriegebiet und das dichtest bevölkerte Gebiet Deutschlands mit einem beispiellos feingliederten Verkehrsnetz überzogen. Welchen Umfang der Verkehr dort hat, geht daraus hervor, daß 150 Millionen Tonnen oder rund $\frac{1}{2}$ des deutschen Güterverkehrs dort bewegt werden.

Amerikanische Verwaltung des französischen Tabakmonopols. Eine Gruppe amerikanischer Tabakkonkurrenten hatte mit der französischen Regierung wegen Uebernahme der französischen Tabakindustrie Verhandlungen eingeleitet, die nunmehr so gut wie abgeschlossen sind.

Neue amerikanische Gewerkschaftsbanken. Nach dem Beispiel der Gewerkschaft der amerikanischen Postamtsführer werden in Kürze zwei weitere Gewerkschaftsbanken in Newyork eröffnet werden. So hat der Verband der Vereinigten Arbeiter der Zelluloseindustrie Amerikas um die Genehmigung zur Errichtung einer Bank nachgesucht, deren Aktien sämtlich im Besitz der Mitglieder der genannten Gewerkschaft bleiben sollen. Diese Gewerkschaftsbank wird mit einem Grundkapital von 200 000 Dollar ins Leben gerufen. Des weiteren wird unter der Firma „Federation Trust Co.“ eine Bank gegründet werden an der verschiedene Gewerkschaften gemeinsam beteiligt sind. Diese Gründung von Arbeiterorganisationen und allen Industriezweigen wird mit einem Kapital von 2 Millionen Dollar arbeiten und zunächst sieben Filialen in verschiedenen Teilen des Landes errichten.

Der Kraft-Mann

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

[illegible][illegible]

1. 凡在本行開辦之各項業務，均應遵守本行所訂之各項規章，並應隨時注意本行所訂之各項規章，如有違反者，本行將依法究辦。

1. The first step is to identify the problem. This involves understanding the situation and the goals that need to be achieved. It is important to gather all relevant information and to define the problem clearly.

„Gut“, meinte er, „dieses Problem muss man streng mit dem ersten Theorem von der Var. der Funkt. der Funkt. an-
fassen. Es ist nicht nur möglich, dass der Funkt. der Funkt.
nicht existiert, sondern es ist auch möglich, dass der Funkt.
nicht existiert, wenn der Funkt. der Funkt. der Funkt. der Funkt.
nicht existiert.“

[illegible][illegible][illegible]

1. 1950年10月，中央人民政府政务院决定，在全国范围内开展“三反”运动，即反贪污、反浪费、反官僚主义。这一运动旨在整顿国家机关，提高行政效率，打击腐败行为。

... ..

1. 1950年10月1日，中华人民共和国成立，标志着中国历史进入了一个新的纪元。

1. 1950年10月1日，中华人民共和国成立，标志着中国历史进入了一个新的纪元。

[illegible]

„Na, ich kann mir nit helfen — Sie machen mir halt so einen lauffachen Eindruck. Nichts für unaut. lieber Freund.“

Der schone Pole konnte zweifelhaft an seinem langen
Leben auf, und seine Schürzentrübenden vibrierten leicht
beschränkt. „Es kommt mir vor, Sie wollen Was machen,“
sagte er betrübt. Und da Florian War nichts Verhäng-
nis zu empfinden, so trat er langsam an den Schreibtisch —
in der Kellertreppe, irgendeines Hoflindersbureau — und konnte
ausmitleiden, sah schüchtern auf die Bettel und Papier-
rollen darauf nieder. Er hielt ein paarmal vorbereitend
auf durch die Kiste, ehe er fragte: Was werden Sie da
nachschauen?

„Ich hab' heute nur etwas geistreichere!" versetzte Morian. Morian ließ sich vernehmen, wie er immer war, wenn er eine solche Nothzeit an den rechten Mann abdrückte hatte.

„Herrwürdig!" sagte der Pole nach einer kleinen Pause. „Ich bin's!" und dann ließ er mit herbenwürmiger Stimme die Aufzählung von den Getreuen ab: „Erstens: Phil! Zweitens: Amelien! Drit: Du bist erkannt! Viertens: Emma! Fünftens: Stierens! Sechstens: Albin! Siebentens: Einacanaan! Achtes: Alice! Neuntes: Siebentens: Gibb! Zehntes: Muth!"

„Ach! Ihr wer's auch!"

Alman schen mit der Mitleidigkeit seines Freundes An-
sich zu erheben, oder war es ein gewisser Er-
derheit, der ihn zur Mitteilung brachte — kurz und gut,
er lies sich in einer Erklärung herbei. Er leate je einen der
zahl in die am Schluß des Berlinerbureaus und ver-
teile, schen die Vorberwand jedes Rakens mit der
Mithilfe des darüber befindlichen mittell eines schwa-

im Winterkreisel. Wenn die neuerrichtete Ström nun in
ihre Winterzeit: noch eine Schublade öffnete, so war
es durch das Vorziehen des Winterkreisels unfehlbar ver-
sichert, und es hatte dann die Genugthuung, daß sie den be-
stehenden ihmischenhaften Anteil geleistet haben mußte. Als
sie schmerzte bei der Verletzung allfälliger vollbracht war
dieses als Aktion. Dann stieg auf und schüttelte triumphie-
rend: „Ja, was sagen Sie denn Antonin Bruckner? Die
Musikwelt ist bereit! Aber wissen Sie, wie ich die
Weltlichkeit gewinne für ihren permanenten Kollektivismus!
Nur ich habe! Ein Winterkreisel und Nachhaken habe ich mit
dem Winterkreisel gekauft und ihn mit einem halben Pfund
unverwundener Seltsamkeit fortgeführt. Ich habe einen
Winterkreisel mit wunderbarem! Den ganzen Tag hat nach-
gehakt das Jahr gekostet und es ist immer anwesend
unverwundbar. Ein Winterkreisel habe ich gekauft und jedes-
mal wenn ich im Winterkreisel habe laufen und anwesend
unverwundbar habe ich den Lauf nachgehakt und habe at-
ten Jahre in nicht mehr recht nicht. Wie Frau? oder

(Northernna folgt.)

Immer neue Erhöhungen.

Die Tarife für Straßenbahn, Krankenhaus, Schlacht- und Viehhof erhöht.

Die gestrige Stadterordnetenversammlung war außerordentlich beschäftigt. Das Stadtkomitee hat sich mit der Erhöhung der Tarife für die Straßenbahn, das Krankenhaus, den Viehhof und den Schlachthof beschäftigt. Die Erhöhung der Straßenbahntarife ist auf 15 Prozent, die des Krankenhauses auf 10 Prozent, die des Viehhofs auf 10 Prozent und die des Schlachthofs auf 10 Prozent festgesetzt.

Die neuere Straßenbahn.

Jede Sitzung der Stadterordneten hat sich mit der Erhöhung der Straßenbahntarife beschäftigt. Diesmal lag der Antrag vor auf Verdoppelung der Sätze ab 15. Februar.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. V.), der sich stets warm der Interessen der Straßenbahn annimmt, wies auf die Notwendigkeit der Erhöhung hin. Die Kassen der Straßenbahn seien fast leer. Die Erhöhung der Tarife sei notwendig, um die Kosten der Erhaltung der Straßenbahn zu decken. Er forderte die Stadterordneten auf, die Erhöhung der Tarife zu beschließen.

Stadtv. Scheller (Dt. V.) sprach sich gegen das Nachbieten in den Anhängen aus und wünschte eine Veränderung im Verlauf der Monatskarten.

Stadtv. Habel (Dt. V.) beschrieb die vorgeschlagene Erhöhung als eine starke Abwanderung. Um die Straßenbahn lebensfähig zu erhalten, müsse man evtl. einen Zuschuss vom Staat oder von der Stadt geben.

Stadtv. Gen. Man gab im Namen der Ver. Soz. Fraktion die Erklärung ab, daß sie die Erhöhung ablehnen werde, da die Straßenbahn bezüglich der Fahrpreiserhöhung für die Jugendlichen und Lehrlinge kein Entgegenkommen zeigt. Die Ver. Soz. Fraktion hat auch kein Vertrauen zu der Möglichkeit der vorgeschlagenen reduzierten Unterlagen.

Die Aussprache war damit beendet. Die Verdoppelung der Straßenbahntarife wurde mit 17 gegen 12 Stimmen beschlossen. Die Linke stimmte gegen die Vorlage.

Zur Forderung der Bezahlbarkeit

Beauftragt der Senat, dem Wohlfahrtsrat 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. In erster Linie sollen dafür einfache, billige Sätze bezahlt werden und ferner für die Möglichkeit eines billigen Transportes gesorgt werden. Wegen der hohen Kosten der Erhaltung der Straßenbahn wurden keine weiteren Erhöhungen beschlossen.

Stadtv. Gen. Horker betonte jedoch, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich den Standpunkt vertritt, daß das Wohlfahrtsrat die Aufgabe der Gemeinde ist. Redner wünschte ferner Aufklärung, ob die Beihilfe bei der Feuerbestattung in gleicher Weise gewährt werde wie bei der Erdbestattung. Ein Uebelstand sei es auch, daß bei Todeserkrankungen die Angehörigen der Desinfektion der Wohnung bezahlen müssen. Diese Kosten müßte die Gemeinde tragen. Er beantragte Summe wurde widerstandslos bewilligt; ebenso 160 Millionen zur Beschaffung von Pflastersteinen und Kanalbaukosten.

Die Erhöhung der Schlacht- und Viehhofgebühren

Stadtv. Gen. Horker erklärte, daß die beschriebene Steigerung der Gebühren um 200 Prozent zu hoch sei. Den Viehhofmeistern würde dadurch ein Vorwand geschaffen, die Fleischpreise um 150 bis 200 Mark pro Hund zu erhöhen. Das müsse vermieden werden, zumal die Danziger Fleischpreise über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. V.) trat für die Erhöhung ein. Durch sie werde ein Anreiz für die Fleischhändler geschaffen. Redner forderte dann Erleichterungen der Fleischhändler aus kommunalen Mitteln.

Schlachthofdirektor Karsten begründete die Erhöhung mit den gestiegenen Fleischpreisen und Kosten. Redner erklärte, daß die Erhöhung von 200 Prozent ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Fleischpreise über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Horker (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Gebühren für die Danziger Fleischpreise ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Fleischpreise über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Die Verdoppelung der Krankenkassentarife

Stadtv. Gen. Horker erklärte, daß die beantragte Verdoppelung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Horker (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Horker (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

Stadtv. Horker (Dt. V.) machte darauf aufmerksam, daß die Erhöhung der Krankenkassentarife ein sehr hoher Prozentsatz sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Danziger Krankenkassentarife über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung ab.

nach dem Viehhofsbereich. Die Zollverwaltung, die die Räume in einem anderen Gebäude untergebracht werden. Außerdem würden durch den Umbau der Kasse auf dem Viehhofsbereich etwa 100 Millionen Mark Kosten verursacht. Es sei ganz ausgeschlossen, daß auf dem Viehhofsbereich etwas geschaffen werden könne, was dem Jugendheim in der Kasseverlegung gleichwertig sei. Der Senat möge von der geplanten Verlegung Abstand nehmen.

Senator Dr. Leske erwiderte, daß diese Verlegung der Jugendverbände nur ein Glied in der Kette der Unterbringung der Jugendlichen sei. Die Verlegung bedürfe dringend äußerlicher und guter geistiger Räume. Die Kasseverlegung sei bereits vollzogen. In erster Linie habe der Senat die Schaffung von Wohngelegenheiten im Auge. Auch müsse die Kasseverlegung aus dem Kellergewölbe des Rathauses in der Gasse fort, und auch für die Schulverwaltung müssen im Rathaus Räume geschaffen werden, die nicht länger im Hinterhause der ehemaligen Intendantur auf Neugarten bleiben kann, weil dieser Raum zur Erweiterung des Gefängnisses benötigt wird. Auch die Kasseverlegung müsse verlegt werden, da für die Kasseverlegung der Kasseverlegung aus dem Kellergewölbe des Rathauses in der Gasse fort, und auch für die Schulverwaltung müssen im Rathaus Räume geschaffen werden, die nicht länger im Hinterhause der ehemaligen Intendantur auf Neugarten bleiben kann, weil dieser Raum zur Erweiterung des Gefängnisses benötigt wird. Auch die Kasseverlegung müsse verlegt werden, da für die Kasseverlegung der Kasseverlegung aus dem Kellergewölbe des Rathauses in der Gasse fort, und auch für die Schulverwaltung müssen im Rathaus Räume geschaffen werden, die nicht länger im Hinterhause der ehemaligen Intendantur auf Neugarten bleiben kann, weil dieser Raum zur Erweiterung des Gefängnisses benötigt wird.

Stadtv. Gen. Man betonte, daß die Ver. Soz. Fraktion der Verlegung des Jugendheims nach dem Viehhofsbereich nicht zustimmen werde. Es sei auch technisch gar nicht möglich, dort geeignete Räume zu schaffen. Mit viel Arbeit und Mühe und Aufwendung großer privater Mittel ist es gelungen, die Kasseverlegung umzuverlagern. Alle diese Arbeit soll jetzt vergeblich werden, wenn der Viehhofsbereich als Jugendheim nicht geeignet. Die Kasseverlegung mache einen unangenehmen Eindruck. Viele von den fremden Arbeitern, die dort untergebracht sind, seien deshalb sehr schnell wieder ab. Redner schloß dann ausführlich die Kasseverlegung ab. Wenn die Behörden sich so weiter ausdehnten, würden alle sozialen Verhältnisse an der Kasseverlegung scheitern.

Auch der Stadtv. Horker (Dt. V.) und Fr. Horkmann (Dt. V.) mißbilligten den Plan des Senats. Senator Dr. Leske erwiderte auf alle diese Einwände, daß er die Kasseverlegung auf dem Viehhofsbereich instand lassen werde. Ueber die Verlegung des Jugendheims könne dann später entschieden werden. Damit war die Angelegenheit erledigt.

Eine dringliche Vorlage des Senats forderte die Ermächtigung der zuständigen Verwaltungsausschüsse zu Vermietungen und Verpachtungen, Vergebung von Grundstücken, An- und Verkauf von Grundstücken bis zu bestimmten Wertgrenzen mit Zustimmung des Senats. Sie kam nicht zur Beratung, da die Dringlichkeit der Vorlage nicht anerkannt wurde. Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Gegen 17 Uhr trat das Haus in die geheime Sitzung ein.

Die Ermäßigung des Steuerabzuges.

Der von der Ver. Soz. und der Kommunistischen Volksfraktion eingebrachte Gesetzentwurf auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes wurde gestern vom Steuerabzug beraten. Unsere Genossen traten lebhaft für ihren Gesetzentwurf ein, der für alle Lohn- und Gehaltsempfänger eine wesentliche Vergünstigung gegenüber dem bisherigen Verhältnissen bei Lohn- und Gehaltsabzügen in der Weise bedeutet, daß die Höhe der Ermäßigungen sich in gleicher Weise ändert, wie sich die Lohnhöhe ändert. Außerdem beantragten unsere Genossen, für die letzte Februarwoche keine Steuern abzuheben.

Senator Volkman und mit ihm die Vertreter der Regierungsvorsteher wollten die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs zunächst auf Antrag des Abg. Hennemann (Dt. V.) vertagen. Dieser Verkleinerungsversuch wurde von der Ver. Soz. Fraktion lebhaft und erfolgreich bekämpft. In der Aussprache gab Senator Dr. Volkman zu, daß der im sozialdemokratischen Gesetzentwurf enthaltene Gedanke besser sei, als die betr. Bestimmungen des Gesetzes. Er lehnte ihn aber trotzdem ab und forderte dafür die baldige Verlegung einer Steuerungsanfrage an, die eine steigende Skala vorsehe. Bis dahin will er die im Gesetz vorgesehenen Ermäßigungen für März um das Dreifache erhöhen. Ein entsprechender Antrag wurde draußig von den Regierungsvorstehern vorangetragen und die Beratung auf Antrag des sozialdemokratischen Abg. geschlossen. Der Ver. Soz. Fraktion der bürgerlichen Parteien waren die sozialen Aufhebungen anderer Genossen ähnlich unangenehm. Deshalb verhinderten sie zunächst die weitere Beratung. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag für die letzte Februarwoche keine Steuern zu erheben, stimmten selbst sogenannte Arbeitervertreter des Senats (Schille und Samelli) und der sozialdemokratische Arbeitervertreter (Hendrick) gegen diesen Antrag und auch gegen den Gesetzentwurf. Der Antrag, für März eine Ermäßigung in der Einkommensteuer einzutreten zu lassen, wurde angenommen. Es bleibt nun abzuwarten, wann die angekündigte Regierungsvorlage zur endgültigen Regelung der Steuerabzüge eingebracht wird und was sie bringen wird. Viel Glückliches dürfte nach dem Verhalten der bürgerlichen Parteien nicht zu erwarten sein.

Der Haushaltsplan des Volkstages für 1923

weist eine Einnahme von 31.800 Mark auf. Der steht eine Ausgabe von rund 121 Millionen Mark gegenüber. Der Zuschuß ist mit 121.000.000 Mark (im Vorjahre 123 Millionen) erreicht worden, er wird jedoch bedeutend größer sein, da mit einer Steigerung der Ausgaben gerechnet werden muß. Die Ausgaben setzen sich im einzelnen zusammen: Aufwandsüberschlag für die Abgeordneten 97,8 Millionen, Verwaltungspersonal 7,3 Millionen, hauptgeschäftliche Betriebe 2,8 Millionen, allgemeine soziale Aufgaben 2,6 Millionen, Hausbedürfnisse 7,3 Millionen, einmalige Ausgaben 1,9 Millionen Mark.

Von den Abgeordneten sind 90 hiesige. Sie erhalten nach dem Stande vom 1. Januar 1923 pro Monat 5000 Mk. 21 Abgeordnete sind von auswärts und erhalten vom 1. Januar 1923 7000 Mk. Die Extraentschädigung des Präsidenten beträgt nach dem Stande vom 1. Januar jährlich 55.162 Mark. Die beiden Vizepräsidenten erhalten zusammen

men die gleiche Summe. Für Teilnahme an den Ausschüssen werden außerdem 6,4 Millionen Mark eingerechnet. Vorstehende Zahlen erhöhen sich automatisch mit jeder Erhöhung der Beamtengehälter. Die Reisekosten und Fahrlohn sind mit 88.000 Mark angegeben. Von der im Etat eingezeichneten einmaligen Ausgabe ist der überwiegende Teil für bauliche Arbeiten bestimmt.

Neue Erhöhung des Milchpreises.

Nachdem der Senat erst am 9. Februar den Milchpreis auf 520 Mark heraufgesetzt hat, wird der Preis von morgen ab schon wieder und zwar auf 560 Mark erhöht. Diese neue Erhöhung soll sich nicht umgeben lassen, weil vom 15. ab die Milch auf der Kleinbahn um 100 Prozent erhöht werden soll und damit die durchschnittlichen Milchpreise pro Liter von 35 auf 70 Mark steigen.

Wenn der Senat den Anforderungen der Erzeuger nicht so freudig entsprochen hätte, würde sich der Preis auch trotz der Milchpreiserhöhung auf eine erschwinglichere Höhe halten lassen. Jetzt bleibt jedenfalls eine große Anzahl Säuglinge ohne die notwendige Milchversorgung. Wie zum Beispiel der Senat in der „Begründung“ dieser Erhöhung festsetzt, die in Danzig gegenwärtig den in Ostpreußen und Marienburg gezählten Preisen entspricht. Für die notwendige Bevölkerung Danzigs, die durch die Währungsreform des Senats mehr und mehr dem Hungerstich verfallen ist, das wahrlich kein besonderer Trost. Wenn der Senat jedoch weiter die außerordentliche Übersteigerung Danzigs gegenüber den übrigen deutschen Städten zur Entschuldigung anführt, so übersteigt er sich damit selbst. Denn er selbst ist es, der durch seine ständige Unterbrechung der Milchlieferung in Danzig trägt. Es gehört eine starke Portion Dummheit dazu, erst die starke Erhöhung durch eine Interessenpolitik groß zu machen, um dann nachher weitere Preissteigerungen damit zu begründen. Es ist höchste Zeit, daß der Danziger Bevölkerung Gelegenheit gegeben wird, mit dieser neuen Preissteigerung, den national-agrarischen Regierungen Schutz zu machen. Für das zweite Mal dürfte die Bevölkerung von dieser patriotischen Pflicht endgültig geheilt sein.

Durchsichtiger Schwindel.

In der polnischen Zeitung „Dziennik Odonski“ wird behauptet, daß auf Grund von Verhandlungen anlässlich der letzten Tagung des Volksrates in Paris die Verdringung des Umlaufes der deutschen Mark in Danzig erfolgen werde. Ueber die Pariser Verhandlungen ist die Öffentlichkeit laufend unterrichtet worden. Im Hauptausdruck hat der Senat außerdem einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der Beratungen gegeben. Aus alledem geht hervor, daß die Behauptungen dieser polnischen Zeitung völlig unzutreffend sind. Sie sind eben ein neuer, recht plumper Versuch, für die Einführung der polnischen Währung Stimmung zu machen.

Wer ist im Recht?

Während der Senat gestern bekannt machte, daß die Schornsteinfegergebühren für Februar in der gleichen Höhe festgesetzt sind, wie im Januar, erklärt heute die Schornsteinfegerinnung, daß sie sich an dieser Bekanntmachung nicht gebunden halte. Die Schornsteinfeger wären in der Gebührensatzung nicht beschränkt und hätten der neuen Regelung durch den Bauausschuß nicht zugestimmt. Die schwarzen Herren wollen dann auch das Doppelte der beschriebenen festgesetzten Sätze erheben. Der Senat, von dem im Interesse der Allgemeinheit zu wünschen wäre, daß er diesmal mit den niedrigeren Sätzen im Recht ist, wird sich hoffentlich recht bald dazu erklären.

Für das Tischlergewerbe

sind neue Sätze vereinbart worden. Für die laufende Woche erfolgt ein Zuschlag von 75 Prozent, so daß der Epitaphenlohn 1617 Mark beträgt. Für die nächste Woche erfolgt ein Zuschlag von 150 Prozent, was einen Stundenlohn von 2307 Mark ergibt.

Ein musikalisches Ereignis veranlaßt zum 20. Februar der „Danziger Orchester-Verein“. Er wird unter Herrn Bruns' Leitung ein Opernwerk des 18. Jahrhunderts auführen, „La serva padrona“ („Die Magd als Herrin“) von Gio. Batt. Pergolesi. Das köstliche kleine Werk, das auf den heutigen Tag als Perle der komischen Oper hochgeschätzt wird, wird von dem ersten komischen Opernüberwinder bezeichnet werden. Besonders interessant ist es ferner, daß das Werk bereits im Jahre 1753 in Danzig von einer reisenden italienischen Operngesellschaft gegeben wurde. Als Solisten sind für die Aufführung verpflichtet Frau Grete Merrem, Nelli (die Gattin des großen verstorbenen Direktors) und der Bassist Emil Fischer vom Weimarer Nationaltheater. Julius Prischke, der Opernregisseur der hiesigen Oper, ist an der Inszenierung beteiligt. Da das Interesse für die seltene Darbietung verständlicherweise sehr groß sein wird, empfiehlt sich zeitiger Kartenverkauf. (Neben u. Rosenberg.) Näheres bringt noch das Anferat anderer Zeitung.

Standesamt vom 14. Februar 1923.

Todesfälle: 3 des Volkstheaters Franz Reichelt, 4 Stunden. — Frau Christine Kollatz geb. Giffing, 50 J. — Deschütz, Frau Anna, 74 J. 6 M. — Witwe Mathilde Kollatz geb. Tante, 78 J. — Privatier Franz Giffing, 71 J. 1 M. — Frau Johanna Schmidt geb. Witzke, 55 J. 10 M. — 2. des Arbeiters Paul Gurski, 1 J. 3 M. — 2. des verstorbenen Maschinenmeisters Franz Semrau, 15 J.

Devisenkurse.

	14 Februar	13 Februar
1 Dollar	23 000.—	28 000.—
1 polnische Mark	0.56	0.72
1 Pfund Sterling	107 320.—	135 000.—
1 holländische Gulden	9 10.—	11 560.—
1 norwegische Krone	4 250.—	5 350.—
1 schwedische Krone	4 250.—	5 430.—
1 dänische Krone	6 100.—	7 700.—
1 holländische Guilder	—	—
1 Schweizer Frank	—	—
1 Schweizer Frank	4 300.—	5 500.—



von den billigsten bis
feinsten Qualitäten

Getreide, Mehl, Reis, Saaten, Futtermittel, Kolonialwaren - Eigene große Lagerhäuser in Danzig u. Neufahrwasser

Wir sind ständig Käufer von Rothlee, Gelbklee, Weißklee, Grünklee sowie Wicken und Hölseentrüchten

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Theil Fritz Weber, für Intercate Anton Hooten, sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Sonderauslagen

8547

in fast allen Abteilungen des Hauses
trotz der fortschreitenden Teuerung

zu sehr vorteilhaften Preisen.

FREYMAN

Mittheilung Bekanntmachungen.

Verordnung

über den Verkehr mit Milch.

In Abänderung des § 2 der Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter vom 9. Februar 1923 wird wegen 100prozentiger Erhöhung der Kleinabgabepreise der Höchstpreis für das Liter Vollmilch auf 560,— Mk. festgesetzt.

Der Höchstpreis für Molke, Käse, oder Kuhbutter ab Station zum Kleinverkauf in der Stadt wird auf 355,— Mk. für Kuhbutter, die frei Verkaufsstelle Danzig liefern, auf 495,— Mk. für das Liter festgesetzt.

Die Abgabe durch den Großhandel an den Kleinhandel hat zum Preise von 534,— Mk. für das Liter zu erfolgen.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. Februar 1923 in Kraft.

Danzig, den 13. Februar 1923. (8852)
Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Von Donnerstag, den 15. Februar d. Js. ab betragen bis auf weiteres:

1. Die Preise

für Grobkohle 12.000,— Mk. je Ztr. ab Lager Gaswerk,
für Feinkohle 10.000,— Mk. je Ztr. ab Lager Gaswerk.

2. Die Anfuhrkosten ab Lager Gaswerk

für Danzig u. Danzighafen 24.000,— Mk. je 40 Ztr.
für Anfuhrweitere 28.000,— Mk. je 40 Ztr.
Für 20 Zentner betragen die Anfuhrkosten die Hälfte vorstehender Sätze.

Danzig, den 13. Februar 1923. (8853)
Der Senat, Städt. Betriebsamt.

Bekanntmachung.

Da Gebührenordnungen für freie Gewerbetreibende nur mit deren Zustimmung festgelegt werden können, der am 1. Juli 1920 bekanntgemachte Beschluss des Ausschusses vom 7. d. Mts. aber aus letzter Zustimmung ermangelt, so ist die seit dem 1. Juli 1920 in freier Benutzung mit uns festgesetzte Gebührenordnung (A. Senats mit dem 31. d. Mts. aufgehoben und mit dem 1. d. Mts. in der Gebührenordnung ebensowenig bekräftigt, als andere freie Gewerbetreibende. Treasoren wollen wir uns ausnahmsweise im laufenden Monat in die letzten der Innung unterm 1. d. Mts. in den Danziger Reichsanzeiger veröffentlichten Sätze u. um. für 1—3 Gewerkschaften 40 Mk., für 4 und mehr Gewerkschaften 60 Mk. je Gewerkschaft und Monat gebunden haben und werden, um den Zahlungsprozess einen der Gebührenordnung entsprechenden Entschluß zu fassen.

Danzig, den 13. Februar 1923

Schornsteinfeger-Innung der Freien Stadt Danzig.

Gedania-Theater

Schlesensdamm 53 55

Abend: heute. Für die anschließende Montag:

Der sehenswerte Spielplan!!!

2 Erstauflührungen!!!

Der amerikanische Roman-Film

„Die Verurteilten“ der Universal

Das große Radiumgeheimnis!!!

3 Akten

1. Episode

Der Bezwingen menschlicher

und tierischer Bestien

in größte Höhe

Feier

Im Rahmen des weichen Erlebens

in der schönsten und besten

in der schönsten und besten

in der schönsten und besten

in der schönsten und besten

in der schönsten und besten

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper

Heute, Mittwoch, den 14. Febr., abends 7 Uhr:
Donnerkarten 5 Z. Ben. einbezahlt

Ueber unsere Kraft

Schauspiel in 2 Aufzügen von Björnstjerne Björnson.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz.
Regie: Emil Tietze.

Edith Sang, Platter, Gertrude Renett,
Alara, Neffen, Frau, Freda, Reginald,
Elias, deren Kinder, Hans Böhm,
Kabel, deren Kinder, Erika, Jels

Mrs. Hanna Roberts, Alara,
Schwäger, Frau Friederichs,
Der Hofhof, Carl, Kasper,
Graf, Gertrude, Paul,
Brett, Carl, Brädel,
Blark, Carl, Gertrude,
Brett, Carl, Gertrude,
Brett, Carl, Gertrude,

Die Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,
Mitternacht, Carl, Gertrude,

Wilhelm-Theater

Danzig

Ab 1. Febr. ein Programm, worüber
ganz Danzig sprechen wird!

Lajos Rigo

der weltberühmte Geiger, vom Scala-
theater, Berlin.

Lieskowski und Nadasy

Primaballerina und erster Solotänzer der
Budapester Staatsoper; klassische Tänze in
höchster Vollendung, vom Scala-theater, Berlin.

Anny Milos

mit ihren Frauenschönheiten
naturalistische Monumentalkunst in höchster
künstlerischer Vollendung, vom Scala-theater, Berlin.

Dario Pains

ehemal. Hofkünstler, das Phänomen der
geheimnisvollen Kartenkunst, vom Winter-
garten, Berlin.

Fred Bradfort

das Elend-Wunder, v. Hansa-theater, Hamburg.

Ernst Wilhelm

der bestbekannte Bravour-Tänzer in allen
Sprachen.

Harry und Jack

Comedian, v. Wintergarten, Berlin.

5 Larrissons

das reiz. Ballet, v. m. Apollo-theater, Nürnberg.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Abend-
kasse ab 6 Uhr geöffnet.

Libelle:

Nach der Theatervorstellung Lajos Rigo als
Gast, Ernst Wilhelm als Gast usw. usw.

Es wird empfohlen, gute Plätze im
Vorverkauf zu lösen. (8752)

Danziger Orchesterverein E. V.

Dienstag, den 19. Februar, 7½ Uhr, Schillerhaus

Die Magd als Herrin

Oper von J. B. Pergolesi

Serpina: Grete Merrem-Nikisch

Uberto: Emil Fischer

Musikal. Leitung: Henry Piles

Orchester: der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

Der Danziger Orchesterverein

ST. LUBIENSKI

Vertreter der Fa.

SP. AKC. HANDLOWO-ROLNICZA

„KOOPROLNA“

DANZIG, Postgasse 3 : Telefon 5572, 3750

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue
Gebisse, Reparaturen an einem
Tage. Spezialität: Gebisse ohne
Platte, Goldkronen usw. mit voller
Garantie. Dankschreiben über
schmerzloses Zahnziehen. Niedrige
Kostenberechnung. (8700)

Institut für Zahnheilkunde Pfefferstadt 71 Durchgeh. Sprechzeit: 8-7 Uhr

Stempel & Schilderfabrik

Hering

Natraschegasse 6

1 Jungl.-Hut und

1 P. Kinderkappe

für 4-5 J. zu verkaufen.

Ordnungsgasse 3 b, 2 Tr. (7)

Grammophon

mit 10 Platten zu verk.

F. Orzechowski,

Bielhof 5a.

Blendax

Mit dem Schwermännchen

Schwarz-Weiß-Porträt

Alles

Hersteller: (8565)

Orvin-Werke, Chemische

Fabrik G. m. b. H., Danzig,

am Troyt. Fernspr. 5305.

Blitzblank

Hersteller: (8565)

Orvin-Werke, Chemische

Fabrik G. m. b. H., Danzig,

am Troyt. Fernspr. 5305.

Blitzblank

Hersteller: (8565)

Orvin-Werke, Chemische

Fabrik G. m. b. H., Danzig,

am Troyt. Fernspr. 5305.

Blitzblank

Hersteller: (8565)

Orvin-Werke, Chemische

Fabrik G. m. b. H., Danzig,

am Troyt. Fernspr. 5305.

Blitzblank

Hersteller: (8565)

Orvin-Werke, Chemische

Stomme selbst

u. zahle die höchst. Preise

für Herrenkleider, Militär-

kleider, Betten u. Möbel.

J. Kronowitsch,

4. Damm Nr. 12.

Getrag. Kleider

Bodenrumpf, Möbel,

ganze Nachlässe kauft

A. Specht,

Häckerstraße Nr. 17.

Zuverlässiger

Leibknecht

zum sofortigen Eintritt

gekauft (8854)

Spekulation Carl Prior,

Danzig, Jopengasse Nr. 7.

Zu melden vorm. 9-11 Uhr.

Möblierte Zimmer,

möbl. Wohnungen,

Büro- u. Lagerräume

Geschäftsstellen sucht

Prin.-Wohn.-Nachweis

Altona, Pfefferkahl 5.

für Vermieter kostenlos.

Tel. 7088.

8854